Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 198 | Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 26. August 1919. | Jahrgang 1.

Gelobt sei der Herr täglich.
Gott legt uns eine Last auf,
Aber Er hilft uns auch.

Psalm 68, 20.

Das Wasser als Kraftquelle unserer zukünftigen Entwicklung.

Von Dr. W. Busselberg, Berlin-Steglitz.

Zur Neuordnung unseres Wirtschaftslebens ist es nötig, Arbeit zu schaffen und unsere Rohstoff- und Energiequellen so sparsam und rationell wie nur möglich zu bewirtschaften. Die letzten Jahrzehnte waren von der Kohle beherrscht, und auch in Zukunft wird sie vielleicht der wichtigste Energiefaktor bleiben. Aber wir müssen bedenken, daß wir Raubbau treiben auf Kosten zukünftiger Geschlechter und das umsomehr, wenn wir unsere Schulden an das Ausland in deutscher Kohle zu bezahlen haben werden. Zwar werden wir durch bessere Ausnutzung der Kohle, vor allem durch Gewinnung der bisher verloren gegangenen Ammoniakgase und durch rationellere Verbrennung erheblich sparen bzw. große Werte für unsere Landwirtschaft usw. gewinnen können (man rechnet auf sachverständiger Seite mit einer Ersparnis von 2 Milliarden Mark jährlich), aber wir müssen doch vor allen Dingen auch darauf sinnen, die chemische Energie der Kohle durch die Gewichtsenergie des Wassers zum Teil wenigstens zu ersetzen. Die gesamten ausnutzbaren Wasserkräfte Deutschlands werden auf 4 Millionen PS geschätzt, wovon etwa 1½ Millionen in Bayern gewonnen werden können. Kurzsichtiger fiskalischer Rationalismus hat die Braunkohlen-Elektrizität in den Vordergrund gestellt, und dabei ist nicht beachtet worden, daß ungeheure Energiemengen mit dem Wasser unserer Flüsse Stunde um Stunde dem Meere zuwandern und unserer Volkswirtschaft verloren gehen. Die Transport- und die Kohlennot des Krieges wären uns vielleicht oder doch zum Teil erspart geblieben, hätten wir früher an die Erschließung der Naturkraft Wasser gedacht. Dadurch wären auch menschliche Arbeitskräfte schneller zu ersetzen gewesen.

Unter weitsichtigen brandenburgischen Kurfürsten und Königen sind schon im 17. und 18. Jahrhundert die Kanalverbindungen Preußens zwischen Elbe und Weichsel geschaffen worden, dagegen gibt es kaum Verbindungen mit und unter den in Westdeutschland gelegenen Strömen, es fehlt beispielsweise noch ganz an einer Kanalverbindung zwischen Rhein und Ostsee, was u. a. zur Folge hatte, daß schwedische Erze in diesem Kriege durch die gefährdete Nordsee geleitet werden mußten. Aus politischen Gründen ist der Abschluß des Mittellandkanals verhindert worden. Sonst ist im allgemeinen die Bevorzugung der Schienenwege, gegenüber der Entwickelung der Binnenschiffahrt, auf privatwirtschaftliche Bedenken zurückzuführen. Bei der Anlage von Eisenbahnen ist man unabhängiger und beweglicher, man kann Rohstoffstätten und Industriebezirke wie auch die Absatzgebiete unmittelbar an das Verkehrsnetz der Eisenbahn anschließen, muß aber meistens das Kanalnetz durch Eisenbahnanschlüsse usw. ergänzen. Dadurch werden die Transportkosten infolge der Umladungen besonders auf kurzen Strecken erheblich erhöht. Es kommt hinzu, daß die Kanäle in unserem Klima während der Frostperioden ausfallen und daß die Fahrgeschwindigkeit auf den Kanälen im allgemeinen 5 Klm. in der Stunde nicht überschreitet. Auch die Wasserversorgung ist nicht immer möglich und jedenfalls sehr oft mit Schwierigkeiten verknüpft.

Für die Massengütertransporte, insbesondere auch für die von Lebensmitteln ist der Ausbau des Kanalnetzes auch für die Zukunft und vielleicht noch von gesteigerter Bedeutung. Unter anderm wird auch durch die Verzweigung des Wassernetzes eine Dezentralisation der Industrie und dadurch die Ansiedlung der Industriearbeiter in Gartenstädten gefördert, wodurch das Wohnungselend aus der Welt geschafft werden könnte. Über die Ausgestaltung einzelner Kanäle ist in den letzten Monaten viel geschrieben worden. Am dringendsten sind die noch fehlende Verbindung der Weser (und des Rheins) mit der Elbe, dann der Anschluß des mitteldeutschen Kanalnetzes an die Nord- und Ostsee und endlich der Ausbau der Verbindung zwischen Rhein und Donau. Die anderen geplanten deutschen Kanalprojekte und die Schiffbarmachung der Flüsse sind mehr lokaler Natur, dagegen ist die Kanalisierung Österreich-Ungarns von mehr als örtlicher, ja sogar mitteleuropäischer Bedeutung.

Die Versorgung mit Kraft und Licht ist die zweite Hauptaufgabe des Wassers. Hatte man den Ausbau der Wasserkräfte im Frieden aus privatwirtschaftlichen Rücksichten vernachlässigt, so war man dazu im Kriege noch weniger imstande, weil der Ausbau ja langwierige Bauzeiten erfordert, während Wärmekraftanlagen sehr viel schneller hergestellt werden können. Bedauerlicherweise sind wohl deswegen die Wasserkräfte für unsere großen Stickstoffwerke nicht nutzbar gemacht worden. Auch die Aluminiumindustrie ist nur teilweise der Wasserkraft gefolgt, obwohl das Vorkommen der Rohstoffe in beiden Fällen ohne Einfluß auf die Wahl des Ortes war. Die Anlage von Stauteichen (Talsperren) kommt ganz wesentlich in Deutschland nur im Gebirge und an den Abhängen in Frage. Dort müßten dann auch die Kraftwerke errichtet werden, während man in der Anlage der Fabriken schon unabhängiger geworden ist, weil man gelernt hat, die Elektrizität ohne großen Verlust und ohne allzugroßen Kostenaufwand auf lange Strecken (Überlandzentralen) zu leiten.

Die Stauteiche haben die Aufgabe, für einen Ausgleich in der Wasserführung der Flüsse, der Schiffahrtskanäle (Edertalsperre für Mittellandkanal) usw. zu sorgen, außerdem Wasserwerke zu speisen, Hochwasserquellen aufzunehmen und so vor ihrem zerstörenden Einfluß die Landwirtschaft, aber auch andere Kulturanlagen zu schützen, und endlich dienen sie der Aufbewahrung des Wassers für die landwirtschaftliche Bewässerung. In der Ebene wirken Stauanlagen sehr oft verhängnisvoll für die Landwirtschaft. Durch alte Mühlenstaue sind in Deutschland wohl Hunderttausende von Hektaren versumpft, und der Vorteil solcher Wasserkräfte steht in gar keinem Verhältnis zu den Nachteilen, die die Landwirtschaft dadurch erleidet. Grundsätzlich wird daher neuerdings möglichste Beschränkung der Zahl der Flußwehre gefordert. Billige Niederdruckwasserkräfte sollen den gewöhnlichen Bedarf der landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe übernehmen, den elektrisch gekuppelten Hochdruckwasserkräften und den Wärmekraftanlagen dagegen die Spitzendeckung überlassen bleiben. So könnte z. B. der Harz die „Spitzenkraft" für die Weserkraftanlagen bei Hannoversch-Münden und Dörverden liefern und daneben auch für die örtliche Industrie in der Umgebung sorgen.

Durch eine rationelle und großzügige Wasserkraftbewirtschaftung wird es möglich sein, Dampfkraftanlagen, die sehr oft nur zur Reserve aufgebaut sind und dann naturgemäß des Werk verhältnismäßig stark belasten, zu sparen. Außerdem aber werden in ganz anderem Maße als bisher auch die Kleinindustrie und das Gewerbe mit elektrischer Kraft versorgt werden können. Man denkt längst daran, den körperlichen Kraftaufwand für die Nähmaschine durch elektrischen Strom zu ersetzen. In der Landwirtschaft aber wird die Elektriziät außerordentlich segensreich wirken können, die Feuersgefahr wird eingeschränkt, die Abhängigkeit vom Petroleum hört auf. Auf dem Acker und auf der Landstraße wird die tierische Arbeitskraft — durch den Krieg dezimiert und verteuert — ersetzt oder ergänzt durch elektrisch angetriebene Maschinen. Förderbahnen werden gebaut werden, dadurch wird die Dezentralisation des Betriebes und die Intensivierung der Landwirtschaft gefördert, aber auch sämtliche Hausmaschinen können nach Bedarf angeschlossen werden und dadurch wird erfahrungs- und naturgemäß eine viel bessere Ausnutzung, z. B. eine erhebliche Steigerung der Buttergewinnung, möglich.

So bedeutungsvoll die Binnenschiffahrt und noch mehr die Versorgung mit Kraft und Licht für die Landwirtschaft sind, ungleich wichtiger ist für sie das Wasser als Landeskulturfaktor, und zwar von nicht geringerer Bedeutung als die Düngung, die Bodenbearbeitung u. a. m. Entwässerungsanlagen, offene Gräben, wie Dränagen finden wir zwar bei uns sehr verbreitet, aber noch finden wir weite Flächen, deren Grundwasserstand noch so hoch ist, daß infolgedessen der Boden versumpft ist, und eine Bearbeitung nicht möglich oder doch infolge des nassen und „kalten" Untergrundes nicht lohnt. Durch Bewässerungsanlagen in großem Stile sind schon im Altertum tropische und subtropische Gebiete in fruchtbare Kornkammern umgewandelt worden, und mit dem Verfall der Anlagen ging Hand in Hand der Verfall der von ihnen abhängigen Kulturstaaten. Versuche aus den letzten Jahren haben gezeigt, daß auch deutsche Wiesen und Weiden, aber auch Ackerkulturen, zur vollständigen Entwicklung (sehr oft bis zur Verdoppelung ihrer Erträge) der künstlichen Zufuhr von Wasser und zwar in Höhe von 50—100 Prozent der während der Vegetationszeit fallenden natürlichen Niederschläge bedürfen. Besonders in den östlichen Provinzen Deutschlands pflegen trockene Perioden während der Frühjahrsmonate regelmäßig aufzutreten und dann der Vegetation gefährlich zu werden.

Ebenso vernachlässigt wie die Versorgung der Pflanze mit Wasser ist die Wasserversorgung von Mensch und Tier. Erst in den letzten Jahren hat man begonnen, den offenen Brunnen, sehr oft die Quelle von Krankheit und Seuchen, durch hygienische, mechanisch betriebene Wasserversorgungsanlagen zu ersetzen. Man hat sich dann allerdings schnell davon überzeugen können, daß durch die „Gruppenwasserversorgung" die hygienischen Verhältnisse auf dem Lande ganz erheblich verbessert worden sind, daß besonders der Gesundheitszustand der Tiere gehoben wird, deren Sterblichkeit in weit höherem Maße, als man gewöhnlich annimmt, auf schlechtes und ungünstig temperiertes Wasser zurückzuführen ist. Die Milchergiebigkeit aber hat immer ganz erheblich zugenommen, wenn die Wasserversorgung unabhängig von menschlicher und tierischer Arbeitsleistung der mechanischen Arbeit überlassen worden ist.

Die vorgeschlagene Ausnutzung unserer Wasserkräfte, auch die Schiffbarmachung der Flüsse und die Landesmeliorationen pflegen die Fischerei stark zu behindern. Neue Kanäle werden naturgemäß durch vorhandene Seen und Teiche geführt. Umso erfreulicher ist es, daß die Anlage von Fischteichen und die Fischzucht mehr und mehr ein Nebengewerbe der Landwirtschaft geworden sind. Zur Speisung der Fischteiche wird man oft das Wasser der Talsperren nötig haben, wie es auch zur Versorgung der Gebirgsbäche und Flüsse in trockenen Zeiten dient und dadurch erst eine dauernde Besetzung aller Gewässer mit Fischen möglich macht. Sehr oft können die Fischteiche als Wasserreservoire auf dem Lande für alle möglichen Verhältnisse, so zur Wasserversorgung bei Feuersgefahr usw. dienen. Dem Landwirt aber pflegen aus dem Fischereibetriebe Einnahmen zu erwachsen, die in der Regel erheblich höher sind, als sie mit landwirtschaftlichen Kulturen selbst intensivster Art auf der Flächeneinheit erreicht werden können.

Für uns Deutsche ist es selbstverständlich, daß die Finanzierung der Wasserkraftanlagen Sache des Staates ist. Sollte man aus irgendwelchen Rücksichten Privatkonzessionen für gewisse Anlagen geben müssen, so müssen auf jeden Fall Grenzen gezogen werden, damit die Vorteile, die aus dem Gemeingute erwachsen, auch dem Gemeinwohl zugute kommen. Auf jeden Fall sollte man bei der Erteilung von Privatkonzessionen die Beteiligung auch kleiner Leute möglich machen, indem man beispielsweise die Form der Aktiengesellschaft vorschreibt und die Untergrenze der Aktieneinheit von 1000 ℳ vielleicht auf 20 ℳ (wie in England) herabgesetzt. Auf diese Weise würde man eine Sozialisierung größten Stils durchführen können, indem man allen Arbeitern Gelegenheit gibt, sich zu beteiligen. Die Menge der Kapitalisten würde dadurch erheblich vermehrt und dementsprechend würden auch die Interessen der großen Masse in andere Bahnen gelenkt. Die Umstellung ist nach dem Kriege besonders aussichtsreich, weil sich verhältnismäßig große Beträge in Arbeiterhänden befinden.

Die Inangriffnahme der Wasserregelung muß sobald als möglich geschehen, einmal wird dadurch Arbeit geschaffen und die Möglichkeit, die Arbeitslosen in großem Umfange zu beschäftigen, und außerdem ist es naturgemäß ökonomisch geboten, den Ausbau werbender Anlagen zu beschleunigen, weil ja dadurch die Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals umso eher beginnt, und weil die Anlagekosten, insbesondere die Arbeitslöhne, von Jahr zu Jahr wachsen.

„D. Allg. Ztg."

Rücktritt Erzherzogs Joseph.

Kein Frieden mit Habsburg.

Der Oberste Rat der Alliierten hat ein Telegramm an die interalliierte Kommission in Budapest zur Kenntnisgabe an die ungarischen Behörden gesandt, in dem es u. a. heißt:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen haben den größten Wunsch, mit dem ungarischen Volke einen dauerhaften Frieden zu schließen, sie glauben jedoch, das nicht tun zu können, so lange die gegenwärtige ungarische Regierung an der Macht bleibt. Diese Regierung ist nicht durch den Volkswillen eingesetzt, sondern durch einen von einer kleinen politischen Gruppe unter dem Schutz einer fremden Macht durchgeführten Handstreich. Sie hat zum Chef ein Mitglied des Hauses Habsburg, das durch seine Politik und durch seinen Ehrgeiz zum großen Teil verantwortlich für das Unglück ist, unter dem die Welt leidet. Ein von einer solchen Regierung abgeschlossener Friede kann kein dauernder sein, andererseits können die alliierten und assoziierten Regierungen die wirtschaftliche Hilfe nicht leisten, deren Ungarn so sehr bedarf. Unter den Umständen, in denen sich Ungarn gegenwärtig befindet, ist es schwierig, durch eine Abstimmung den genauen Willen des Volkes festzustellen. Die alliierten und assoziierten Mächte bestehen daher darauf, daß der derzeitige Prätendent von der höchsten Stelle des Staates Ungarn sich zurückzieht, um einer aus den Parteien zusammengesetzten Regierung Platz zu machen. Die alliierten und assoziierten Mächte sind bereit, mit jeder Regierung zu verhandeln, deren Macht sich auf das Vertrauen einer auf diese Weise gewählten Nationalversammlung stützt."

Unter dem Eindrucke dieser Botschaft des Obersten Rates wurde der Widerstand des Ministerpräsidenten Friedrich gebrochen, der am Samstag in später Abendstunde für sich und den Erzherzog Joseph die Demission bekanntgab. Ministerpräsident Friedrich verständigte die Ententemission, welche den Rücktritt der Regierung zur Kenntnis nahm. Auf Wunsch der Ententevertreter wird die Regierung vorläufig die Geschäfte fortführen, bis ein neues Ministerium gebildet sein wird.

Der Senat gegen Wilson.

Die amerikanischen Vorbehalte bei der Ratifizierung des Friedens.

Sämtliche Meldungen aus Washington stimmen darin überein, daß Wilsons Versuch, den Senat durch mündliche Erklärungen zur Ratifizierung des Friedensvertrages umzustimmen, fehlgeschlagen ist. Die republikanische Opposition macht vielmehr Fortschritte, und mit ihr haben sich drei oder vier Demokraten zusammengeschlossen. Die Republikaner erklären, daß ihre prinzipiellen Bedenken nicht durch Wilsons Erklärungen beseitigt worden sind; sie verlangen, daß, ehe eine Ratifizierung möglich ist, mindestens vier Hauptpunkte des Vertrages abgeändert werden müssen.

Ein Vermittlungsvorschlag, der es dem Senat ermöglichen soll, die Völkerbundverfassung und den Friedensvertrag zu ratifizieren, geht darauf hinaus, daß die Vorbehalte nicht in der Ratifikationsurkunde selbst, sondern in einem Anhang festgelegt werden sollen.

Die vier Punkte, in denen Vorbehalte gemacht werden sollen, beziehen sich auf folgende Fälle:

1. Wenn ein Staat als Mitglied des Völkerbundes ausscheiden will, so soll er selbst und nicht der Völkerbund zu entscheiden haben, ob er seinen Verpflichtungen dem Bunde gegenüber richtig nachgekommen ist.

2. Wenn ein Völkerbundstaat die Bestimmungen der Bundesverfassung verletzt, soll jeder Staat selbst über die zu treffenden militärischen, maritimen oder wirtschaftlichen Maßnahmen entscheiden. Falls eine Regierung sich zu keinerlei Maßnahmen entschließt, so hat das nicht als moralische oder gesetzliche Verletzung des Friedensabkommen zu gelten.

3. Alle innerpolitischen Angelegenheiten, darunter auch die Einwanderung, Küstenschiffahrt, Einfuhrzolltarife unterliegen nicht der Rechtsprechung des Völkerbundes, sondern der der eigenen Regierung. Alle diese Angelegenheiten sollen ohne ein Dazwischentreten des Völkerbundes oder einer Organisation geregelt werden.

4. Es sollen keinerlei Fragen, die mit der Monroelehre zusammenhängen, dem Völkerbund vorgelegt werden. (Unter der Monroelehre versteht man den von dem Präsidenten Monroe aufgestellten Grundsatz, daß kein fremdes Volk sich in die nordamerikanischen Verhältnisse einmischen, dort Einfluß ausüben oder Land besitzen dürfe.)

Völlige Ablehnung des Friedensvertrages.

Der bekannte amerikanische Senator Knox hat erklärt, daß der Friedensvertrag mit Deutschland von den Vereinigten Staaten völlig abgelehnt werden wird. Er sagte, die Vereinigten Staaten sollen sich überhaupt nicht in die Verhältnisse in Europa einmischen und hätten nichts mit den in dem Friedensvertrag bezüglich der zukünftigen Bestimmung der europäischen und asiatischen Völker und Gebiete getroffenen Regelungen zu tun. Senator Lodge erklärte: Wenn der Völkerbundsvertrag aus dem Friedensvertrag herausgeschält werde, so trete er nicht für die Ablehnung des Friedensvertrages ein. Lodge versucht augenblicklich, die oppositionellen Elemente zu sammeln. Die oppositionellen Senatoren haben die Absicht, eine Vortragsreise durch ganz Amerika bis zum Stillen Ozean anzutreten, um die öffentliche Meinung für die vollständige Ablehnung des Friedensvertrages in seiner jetzigen Form und für die Festsetzung eines neuen Friedensvertrages ohne Völkerbund zu gewinnen.

Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

Erhöhung sämtlicher Fahrpreise und Gepäckfrachtsätze um 50 Prozent.

Vom 1. Oktober ab sollen sämtliche Eisenbahnfahrpreise und Gepäckfrachtsätze um fünfzig v. H. erhöht werden. Die Erhöhung wird gleichmäßig alle Wagenklassen und alle Arten von Fahrtausweisen treffen. Durch die Erhöhung der Einnahmen sollen die Fehlbeträge, mit denen die deutschen Staatseisenbahnen auch für 1919 zu rechnen haben, ausgeglichen werden.

Eine Verringerung der Ausgaben, die selbstverständlich auf allen Gebieten angestrebt wird, kann besonders angesichts der weiter steigenden Ausgaben für Beamte und Arbeiter nicht zu Ergebnissen führen, die gegenüber diesen Fehlbeträgen, die z. B. bei der preußischen Staatsbahn auf 3½ Milliarden geschätzt werden, wirksam zu Buche zu schlagen. Da an dem Grundsatz festgehalten werden muß, daß ein Staatsbetrieb wie die Eisenbahnen sich selbst erhalten muß, und nicht auf Zuschläge zu verweisen ist, die letzten Endes von der Allgemeinheit durch Steuern aufgebracht werden müßten, bleibt also nur übrig, die Einnahmen durch eine Erhöhung der Tarife zu verstärken. Diese Erhöhung müßte, um Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen, durchschnittlich auf 100 v. H. der geltenden Tarife bemessen werden. Mit Rücksicht auf die damit verbundene enorme Belastung des Wirtschaftslebens werden die Staatsbahnen aber versuchen, mit dem viel niedrigeren Satze von 50 v. H. auszukommen.

Erwogen wird bei dieser Gelegenheit, eine seit langem angeregte Neuerung einzuführen, nämlich eine billige, der Arbeiterwochenkarte nachgebildete Zeitkarte ohne Beschränkung auf einen bestimmten Benutzerkreis. Auch über die Erhöhungen im Nahverkehr der Großstädte ist die Prüfung noch nicht abgeschlossen. Es wird angestrebt, zur Schonung des Berufs- und Siedelungsverkehrs hier nach Möglichkeit Erleichterungen bei der Tariferhöhung eintreten zu lassen. Als Zeitpunkt für die Durchführung der Tariferhöhung ist der 1. Oktober 1919 in Aussicht genommen.

Polnische Waffenschiebungen.

Die Schmuggelzentrale Graudenz.

In Minden in Westfalen sind, wie bereits berichtet, drei Personen festgenommen worden, die von dem Zeugfeldwebel Meyer vom Mindener Artilleriedepot 60 000 Gewehre zu kaufen suchten. Diese Mindener Waffenkäufe stehen, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, im engsten Zusammenhange mit den großen Waffen- und Munitionsschiebungen in Graudenz und in dem Munitions- und Baustofflager Groß- und Klein-Tarpen. Das sogenannte polnische Hilfskomitee, hinter dem sich die Organisation des Bandenwesens verbirgt, und dem außerordentlich reiche Mittel zur Verfügung stehen, hat in Graudenz eine Zentrale für Waffen- und Munitionsaufkäufe eingerichtet. Es wurde durch Ueberwachungsbeamte festgestellt, daß nächtlich große Waffendiebstähle stattfanden. Die Gewehre, Maschinengewehre und Munition, sowie Baustoffe wurden mit Fuhrwerken und Lastkraftwagen abgefahren und in der Umgegend untergebracht. Es konnte eine polnische Diebesbande abgefaßt werden, die eine Anzahl von Bussolen-Richtkreisen, deren Wert pro Stück 10 000 Mark betrug, abtransportieren wollte. Die Behörden stellten fest, daß bei dem Waffenschmuggel für die Zwecke des polnischen Heeres sich der katholische Geistliche Pfarrer Häde in Lessen, der Rechtsanwalt Dr. Ossowski, der Apotheker Baranowski, sowie die Kaufleute Sluczewski und Bartel beteiligt waren. Die genannten Personen sind verhaftet.

Ein großes Waffendepot, in dem einige Tausend Gewehre, Maschinengewehre und Munition lagerte, wurde im Sägewerk Hagen in der Nähe von Graudenz festgestellt. Auch hier wurden drei Personen, die an dem Schmuggel beteiligt waren, festgenommen. Ferner wurde ein Flieger festgenommen, der von polnischen Auftraggebern nach Graudenz gesandt worden war und dort Artillerie-Meßinstrumente an Bord genommen hatte. Auch er wurde rechtzeitig verhaftet und das Flugzeug beschlagnahmt. Weit größere Diebstähle sind in dem Munitions- und Baustofflager Groß- und Klein-Tarpen festgestellt worden, wo ebenfalls bei Nacht Munition und Kartuschen abgefahren wurden. Es sind hier sehr bedeutende Bestände an die polnischen Aufkäufer verschoben worden. In Marienburg wurden vor drei Tagen bei dem Fuhrhalter Kollikowski 3000 Militärdecken beschlagnahmt, welche polnische Agenten zum Preise von 60 000 Mark von einer sächsischen Fabrik gekauft hatten und die von dort nach Polen weiter transportiert werden sollten. Bisher wurden etwa zwanzig Polen verhaftet, gegen die Hochverratsverfahren eingeleitet worden ist. Ein polnischer Spion wurde ebenfalls verhaftet. Das Verfahren gegen die genannten Personen schwebt noch.

Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß augenblicklich aus Deutschland auf dem bekannten Wege waggonweise Kleidungsstücke nach dem Osten verschoben werden. Die Güter gehen unter falscher Flagge nach posenschen Städten, werden dort von den Eisenbahnarbeitern, die mit den Käufern unter einer Decke stecken, entladen und die Waren mit Fuhrwerken weiterbefördert.

Der Bibelkreis für Schüler höherer Lehranstalten (B. K.) und die anderen christlichen Jugendbewegungen.*)

Von Pastor Spranger, Dresden.

Die B. K. Arbeit hat sich immer mehr als eine selbständige, ihre Eigenart erweisende Bewegung durchgesetzt. Wir betonen heute bewußter denn sonst das Moment der Selbständigkeit, weil Strömungen zu beobachten sind, die den B. K. in einen anderen Organismus aufnehmen möchten. Ist auch die B. K. Arbeit ein Glied der Deutschen Gemeinschaftsbewegung, so hat sie doch ihr eigenes Gepräge mehr und mehr erlangt. Darin erweist sich die Lebendigkeit und Geistesmacht der Erscheinung. Dies Gepräge zu hüten und sowohl gegen Verengung wie gegen Verflachung zu bewahren, halten wir für die besondere Aufgabe der Stunde. Trotz aller sozialen Umschichtung und Zusammenschweißung der verschiedensten Klassen ist doch allen, die in der Arbeit stehen, klar, daß der B. K. notwendig ist, ein starkes Bedürfnis befriedigt und an vielen einen gesegneten Dienst leistet.

So steht diese Jugendarbeit neben den anderen christlichen Jugendorganisationen wie C. V. j. M., Weißkreuz, Jugendbund für E. C., Jünglingsvereine u. a. und doch im Ganzen des Reiches Gottes. Dies letztere ist uns ein besonders ernstes Anliegen. Soll eine Bewegung der Innerlichkeit nicht versanden, muß sie durch Zuflüsse von allen eigenständigen Gruppierungen gespeist werden. Diese innere Offenheit schenke Gott immer wieder unseren Kreisen. Eine Kirche kann nicht ohne Mission sein, ein B. K. nicht ohne Zusammenhang mit dem Ganzen des Reiches Gottes.

*) Vor einiger Zeit brachten wir einen kurzen Bericht über die Ausdehnung der Vereinigung der Bibelkränzler auf höheren Schulen. Die verschiedenen Zuschriften, welche uns darauf zugingen, zeigten, welch großes Interesse unsere Leser an dieser wichtigen Arbeit nehmen. Den Vortrag des Herrn Pastor Spranger, gehalten auf der Kasseler Tagung des deutschen B. K. Bundes, bringen wir daher gerne zum Abdruck und hoffen, daß die Ausführungen dazu beitragen mögen, das gegenseitige Vertrauen der verschiedenen, christlichen Jugendorganisationen zu stärken. Die Schriftl.

Wir betonen diese Einordnung in den Gesamtorganismus des Reiches Gottes aus der Erkenntnis der gegenseitigen Verantwortlichkeit heraus. Solche Gesinnung ist die tragende Kraft, den Säulen gleich, die ein hochstrebendes Dach stützen, ist guter Mörtel, die verschiedensten Blöcke zusammenzufügen. Rechte Einheit, — die meinen wir nur hier — beruht auf Verantwortlichkeitsgefühl; dieses wiederum auf Einfühlung, und diese ist eine seltene und schöne Fähigkeit der Liebe. Aber nicht nur das Geben bindet zusammen, ebenso stark verpflichtet das Nehmen gegeneinander. Die verschiedensten Gestaltungen des Reiches Gottes sollen sich mit ihrem Erfahrungsinhalt gegenseitig befruchten. Dieses Ablehnen heißt eine innere Armut selbst verschulden. Wir fordern aber auch die Einordnung in das Ganze um des Reiches Gottes selbst willen. Wie dies Reich nur einen Herrn, einen Willen und einen Geist hat, so müssen auch die Glieder das Gemeinsame ebenso bestimmt betonen wie in ihrer besonderen gottgewollten Eigenart bleiben.

So halten wir an der Forderung der Gemeinsamkeit und der gesonderten Ausgestaltung fest; wir wollen getrennt marschieren. Wir begründen diese Forderung mit der Lage des Schülers; sowohl Raum und Zeit, als Bildung und Elternhaus sind anders geartet und schaffen einen anderen Typus der Lebenshaltung. Daraus ergibt sich eine besondere Schülernot und Schülerseele, Schülerfrage und Schülerkampf. Sowohl die Psychologie als die Seelsorge erfaßt den Schüler von einem besonderen Gesichtswinkel aus. Man wird auch heute noch von der höheren Verpflichtung der Bildung reden können und müssen. Denn der kranke Zustand der Gegenwart, der die Bildungsschicht erniedrigt und Autodidaktaten zur Führung berufen hat, wird und muß aufhören, wenn nicht die Krankheit unseres Volkes chronisch werden soll, das würde den Niedergang der Gesamtheit bedeuten.

Die Einzelarbeit wird gesondert bleiben müssen, wollen wir nicht künstliche Gebilde erzeugen. Was ich bisher erfuhr, dünkte mich nichts anderes zu sein, als ein mißglückter Versuch. Hier aber ist alles Gemachte eher ein Nachteil als auch nur ein spärlicher Erfolg. Die Begegnung verschiedener Bewegungen muß von selbst kommen. So können Einzelne, sei es, daß sie durch ihr Elternhaus oder durch ihren Leiter oder durch besondere Führung in eine andere Jugendarbeit hineingeführt wurden, wenn sie innere Reife und Fähigkeit besitzen, dort einen nicht geringen Gewinn für ihre ganze spätere Lebensstellung haben. Was sie vor allem an Menschenkenntnis und Anpassungsfähigkeit, an Selbstverleugnung und Innenschau lernen, ist ein Reichtum, der ihnen noch lange hinaus, oft für das ganze Leben dienlich ist. Aber rein und tief müssen solche Einzelne sein. Sonst erliegen sie der Gefahr einer ungesunden Überlegenheit oder einer seelischen Vereinsamung.

Nun tritt die Frage der gesonderten B. K. Arbeit durch die neuzeitliche Entwicklung auf dem Gebiet der Jugendpflege dadurch in ein akutes Stadium, daß der Vereinsbildung von seiten der Schule nicht mehr wie bisher das Hemmnis bereitet werden kann. Wir nehmen hier Abstand davon, auf die Politisierung unserer Jungen das Augenmerk zu richten und die Gefahren der Frühreife zu betonen; wir fassen hier nur die religiöse Inanspruchnahme ins Auge. Vor allem dürfte der Katholizismus mit seiner von den Jesuiten mit hervorragender Entschiedenheit geleisteten Jugendarbeit der evangelischen Kirche die dringende Nötigung aufzwingen, energisch der Schülerwelt sich zuzuwenden. Ansätze dazu sind da, daß die Verbände der Jünglingsvereine zielbewußter nach den Schülern streben, um in ihnen nicht nur Mitglieder, sondern auch tätige Helfer zu finden. Die Selbständigkeit der Bewegung würde aber dadurch im Wesentlichen gehemmt, wenigstens würde sich die religiös geweckte Schülerwelt in zwei Lager spalten, derer, die in einer eigenständigen Bewegung eins geworden sind und derer, die an die großen kirchlichen Vereine sich angeschlossen haben. Sofort aber erhebt sich dann die Frage mit aller drängenden Bestimmtheit: „Wo wird der inneren Einstellung des Schülers besser gedient, wo die Einordnung in das Ganze des Reiches Gottes besser gelöst." Wir werden hier sehr wachsam sein müssen, um zu lernen und rechtzeitig Brücken zu schlagen.

Der hermetische Abschluß der B. K. Arbeit von den anderen christlichen Jugendorganisationen sowohl wie das Einordnen und Aufgehen in ihnen ist m. E. gleich verhängnisvoll. Meine Aufgabe sehe ich darin, auf Wege hinzuweisen, die eine Fühlungnahme ermöglichen.

(Schluß folgt.)

Die Lage in Oberschlesien.

Die Friedenskonferenz gegen eine polnische Einmischung in Oberschlesien.

Vor dem Obersten Rat der Alliierten berichtete der von einer Studienreise aus Polen und Oesterreich zurückgekehrte amerikanische Lebensmittel-Kontrolleur Hoover namentlich über die Lage in Oberschlesien. Nach einer Reutermeldung hat der Oberste Rat im Verlaufe der Beratungen dahin entschieden, daß die deutsche Regierung berechtigt ist, die Ordnung in Oberschlesien aufrechtzuerhalten. Polnische Truppen dürfen nur nach Oberschlesien kommen, wenn Deutschland besonders darum ersucht.

Auf Antrag Hoovers beschloß der Oberste Rat die Entsendung einer aus amerikanischen, französischen, englischen und italienischen Sachverständigen im Bergbau zusammengesetzten Studienkommission in die oberschlesischen, polnischen und böhmischen Kohlengebiete. Die Kommission soll die Verhältnisse der Kohlengruben, besonders bei Ostrowa und Teschen untersuchen und Mittel zur Erhöhung der Erzeugung und zu einer besseren Regelung der Transportfrage vorschlagen. Hoover hat in seinem Bericht erklärt, daß Osteuropa über genug Kohle verfüge, um nicht nur sich selbst zu versorgen, sondern auch andere Länder zu unterstützen.

Die Niederwerfung des oberschlesischen Aufstandes.

Die Ruhe in Oberschlesien ist jetzt überall hergestellt. Das Militär ist vollkommen Herr der Lage. Im Abschnitt Beuthen wurde in einzelnen Ortschaften große Beute gemacht. In Scharley wurde ein englisches Maschinengewehr, auf dem Gotthardschacht wurden 26 Gewehre sowie 79 Seitengewehre gefunden. Die Reichswehr hat in den letzten Tagen Truppen zur Verstärkung nach Oberschlesien abgehen lassen. Es trieb weniger dazu der Ernst der Lage, als der Wille, einem Verbandseingriff in das oberschlesische Chaos vorzubeugen und im eigenen Lande mit eigenen Kräften Ruhe und Ordnung zu schaffen. Die Bevölkerung wie auch die deutschen Truppen sind empört über die bestialischen Greueltaten der Spartakisten, die ganze Dörfer in Brand steckten, mordeten und plünderten.

Die Verluste der Grenzschutztruppen.

Die bisherigen deutschen Verluste im Abschnitt Beuthen seit Ausbruch des Aufstandes betragen beim Infanterie-Regiment 63 vier Tote und 19 Verwundete, die feindlichen Verluste dagegen 91 Gefangene, 101 Verwundete und 43 Tote. Das Detachement Tyllmann hatte sechs Tote und acht Verwundete. Die feindlichen Verluste dagegen betragen 80 Gefangene, 60 Verwundete und fünf Tote.

Bei den schweren Kämpfen um Myslowitz erlitten unsere Truppen leider erhebliche Verluste. Wie verlautet, sind von 80 Mann einer Gruppe nur noch 22 zurückgekehrt. Wie erbittert die Kämpfe um Godow waren, geht daraus hervor, daß auf deutscher Seite zuerst nur ein Offizier und fünf Mann kämpften. Erst als sämtliche Munition verschossen und mit der letzten Handgranate das Maschinengewehr gesprengt war, fielen sie den Polen in die Hände. Der Offizier, ein Leutnant Petersen, wurde über die Grenze geschafft und dort standrechtlich erschossen. Seine Leute wurden auf der Kampfstätte erschossen und beraubt aufgefunden.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Wiederaufnahme der Arbeit macht gute Fortschritte. Auf den oberschlesischen Elektrizitätswerken ist die Arbeit voll wieder aufgenommen worden, so daß ein Teil der technischen Truppen aus den Elektrizitätswerken zurückgezogen werden konnte. Desgleichen hat die oberschlesische Kleinbahn auf einzelnen Linien den Betrieb wieder aufgenommen. Gegen die Streikhetzer, die jetzt noch zum Streik auffordern, wird energisch vorgegangen. Der vor einigen Tagen nach Polen an verschiedenen Stellen wieder aufgenommene Grenzverkehr ist infolge der Aufstandsbewegung in Oberschlesien wieder völlig eingestellt worden. Auch der sogenannte Kleingrenzverkehr ist unterbunden.

Deutsches Reich.

— Reichspräsident Ebert hat an die Staatsregierung von Sachsen-Weimar-Eisenach ein Schreiben gerichtet, in dem er der weimarischen Staatsregierung und der ganzen Bevölkerung in seinem Namen und zugleich für die Reichsregierung seinen aufrichtigen und herzlichsten Dank für die gastliche Aufnahme ausspricht.

— Der frühere Regierungspräsident von Gumbinnen, Graf Lambsdorff, wurde zum Reichs- und Staatskommissar für das abgetretene Memelgebiet ernannt.

— Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat eine Wahlordnung zur Neuwahl der Arbeiterräte beschlossen. Die Neuwahlen müssen bis zum 30. November durchgeführt sein.

— In Sachsen werden auf Grund der Erzbergerschen Finanzpläne zum 1. Oktober zwei Landesfinanzämter errichtet. Sie erhalten ihren Sitz in Dresden und Leipzig.

— Der militärische Befehlshaber des Saargebiets, General Andlauer, verfügte die sofortige Auflösung aller Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, welche gemäß der Verordnung der deutschen Regierung vom 23. Dezember 1918 gewählt wurden.

:: **Schwere Bedenken gegen den Notenumtausch.** An der im Reichsfinanzministerium abgehaltenen Beratung über Maßnahmen zur Erfassung der versteckten Vermögen haben Sachverständige aus allen Bankkreisen teilgenommen. Allgemein wurde die Ueberzeugung ausgesprochen, daß wirksame und scharfe Maßregeln gegen die Steuerflucht und die Kapitalsflucht getroffen werden müßten, und die Banken haben sich bereit erklärt, der Regierung dabei in weitestem Maße zu helfen. Gegen den Vorschlag des Umtausches aller Banknoten wurden von allen Seiten ernste Bedenken wegen der technischen Durchführbarkeit und Zweckdienlichkeit dieser Maßnahme erhoben. Der Reichsfinanzminister Erzberger erklärte, wie verlautet, in der Besprechung, daß er angesichts der sehr ernsten Bedenken gegen die Notenabstempelung zwar auf dem Plane in seiner jetzigen Form nicht beharren wolle, daß er aber trotzdem im Interesse der Gesundung der Reichsfinanzen und der Geldwirtschaft auf Mittel sinnen müsse, um die Verringerung unseres ins Ungeheure angewachsenen Notenumlaufes herbeizuführen. Er müsse daher von der Sachverständigenkommission unter allen Umständen erwarten, daß sie ihm bei Ablehnung seiner Vorschläge neue Wege eröffnen müsse, um zum notwendigen Ziele zu gelangen.

:: **Räumung im Osten.** In der Sitzung des Obersten Rates wurde eine Note des Marschalls Foch behandelt, der mitteilt, daß Deutschland es abgelehnt habe, vier oder fünf Punkte der Bestimmungen über die Räumung der Ostseestaaten auszuführen. Der Rat hat den Auftrag gegeben, Deutschland zur Ausführung der Bedingungen zu verpflichten.

:: **Die Wahlen im besetzten Gebiete.** Der Höchstkommandierende der verbündeten Armeen hat nunmehr die Vornahme der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, der Bürgermeister und Beigeordneten, sowie die Wahlen zu den Kreis- und Provinzialvertretungen im besetzten Gebiet genehmigt. Die Wahlen werden voraussichtlich alsbald nach der endgültigen Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Regierungen der Entente stattfinden.

:: **Um das Deutschtum in Schleswig.** Die politischen Parteien Schleswigs fordern in einem Aufruf die dort ansässigen Deutschen auf, den Kampf für das Deutschtum in Schleswig mit aller Kraft zu führen. In dänischen Kreisen rechnet man damit, daß die Abstimmung in der ersten Zone bereits in der letzten Hälfte des Oktober wird erfolgen können und daß man die Abstimmung in der zweiten Zone derart beschleunigen kann, daß zwischen beiden Abstimmungen nur zwei bis drei anstelle von fünf Wochen liegen werden.

:: **Oeffentliches Einschreiten gegen die Aufklärungsfilme.** Durch den in weitesten Kreisen immer stärker werdenden Unwillen gegen die sogenannten „Aufklärungsfilme", die nach der Aufhebung der Bildzensur in allen möglichen Spielarten aus dem Boden geschossen sind, haben die maßgebenden Stellen sich zum Einschreiten veranlaßt gesehen. Während in Preußen augenblicklich noch diesbezügliche Maßnahmen beraten werden, hat Baden sich zu scharfem Einschreiten veranlaßt gesehen. Wie wir der „Tägl. Rundschau" entnehmen, ist in Karlsruhe und Freiburg der Aufklärungsfilm „Die Prostitution" von der Staatsanwaltschaft auf zahlreiche Anträge hin beschlagnahmt worden; es wurden einzelne Stellen aus dem Film herausgeschnitten. Gegen den Hersteller, Regisseur und Verbreiter des Bildes ist auf Grund des § 184 (Verbreitung unzüchtiger Schriften) Strafantrag gestellt worden. In der Badischen Landesversammlung erhob sich über den Genannten und den Film „Anders als die anderen" eine lebhafte Debatte. Es wurde beschlossen, daß Personen unter 20 Jahren der Zutritt zu diesen Aufklärungsfilmen verboten werde. In Karlsruhe hat man den Kinobesitzern, die sich gegen diese Bestimmung vergehen, die sofortige Schließung der Lichtbildtheater angedroht. Weiterhin ist im Badischen Landtag der Antrag gestellt worden, die Kinos zu kommunalisieren und die Filmindustrie zu sozialisieren, um in Zukunft derartige Bilder unmöglich zu machen.

:: **Der Kongreß der Erwerbslosen** wurde unter zahlreicher Beteiligung in Hamburg eröffnet. Das Mitglied des Zentralrates Wendel-Berlin führte aus, daß die Reichsregierung es abgelehnt habe, die Organisation der Erwerbslosen als besondere Vertretung anzuerkennen und auch jede finanzielle Unterstützung des Reichserwerbslosenrates zu gewähren. Weit mehr Entgegenkommen zeigte der preußische Finanzminister, der die Prüfung der Frage auf Errichtung von landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften auf sozialistischer Grundlage zusagte und auch versprach, zu diesem Zweck nach Bewilligung der nötigen Geldmittel zwei Güter zur Verfügung zu stellen. In der Aussprache gab es verschiedene Vorwürfe gegen die bisherige Tätigkeit des Erwerbslosenrates. Namentlich wurde die Wirksamkeit des Kommunistenführers Herrfurth scharf getadelt. Ein Antrag des Erwerbslosenrats Sachsens, der die bisherige Tätigkeit des geschäftsführenden Reichserwerbslosenausschusses als durchaus unzulänglich erklärt, wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, als besonderen Punkt „Notstandsarbeiten" zu behandeln, und den Titel des Kongresses in „Reichserwerbslosen- und Notstandsarbeiten-Kongreß" abzuändern.

Ausland.

Oesterreich: Vorarlberg verlangt Selbstbestimmungsrecht.

‡ Dr. Pirker und Dr. Eubener haben im Namen der Einwohnerschaft von Vorarlberg in einem Bericht an die Friedenskonferenz erklärt: Nachdem Vorarlberg sich am 1. November für unabhängig von Oesterreich erklärt habe und am 11. Mai durch regelrechte Volksabstimmung seine Regierung beauftragte, über Zulassung in den schweizerischen Bundesstaat zu unterhandeln, verlange es jetzt daß sein Selbstbestimmungsrecht im Friedensvertrag mit Deutsch-Oesterreich festgelegt werde.

England: Aufruhr in Süd-Irland.

‡ Die Unruhen in Irland haben einen gefahrdrohenden Umfang angenommen. Süd-Irland befindet sich im Zustande offener Revolution, und die Lage wird von Stunde zu Stunde ernster. In der Nähe von Coal Island in der Grafschaft Ulster hat die Bevölkerung die englischen Truppen überfallen und gesteinigt. Ocken-Island, das als Munitionsdepot dient, wurde von der Küste gegenüber beschossen. Bei Naven, 30 Kilometer von Dublin, haben die Aufrührer die Eisenbahnschienen aufgerissen. Wie es heißt, stehen in Dublin 60 000 Mann englische Regierungstruppen mit Tanks, Maschinengewehren und Fliegern.

Frankreich: Amerikaner beim Wiederaufbau.

‡ Die amerikanische Vulcan Steel Product Company hat vertraglich den Wiederaufbau von Nancy übernommen. Die Arbeiten werden wahrscheinlich eine halbe Milliarde Dollar kosten und sollen die Reparatur bezw. den Wiederaufbau sämtlicher Wohnhäuser, Fabrikanten, öffentlichen Gebäude, Kirchen, Brücken und Straßenanlagen umfassen. — Die Höhe dieser Kosten ist erstaunlich. Beim gegenwärtigen Kurse unseres Geldes würde der Wiederaufbau von Nancy allein also über 9 Milliarden Mark kosten. Die Franzosen können natürlich jeden Preis bewilligen — den Deutschland bezahlen muß. Aber die Durchführung des Friedensvertrages ist nicht denkbar ohne Schaffung einer Instanz, die solche Kostenberechnungen zu überprüfen hat.

Vereinigte Staaten: Wilson über die deutschen Kolonien.

‡ Im Verlaufe einer Konferenz im Weißen Hause erklärte Wilson, daß Deutschland durch den Friedensvertrag auf seine Rechte und Ansprüche an überseeischen Besitzungen zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte verzichtet habe. Das bedeute aber nur, daß diese die Vormundschaft über die gesamten deutschen Besitzungen erhielten. Hinsichtlich ihres Schicksals und ihrer regulären Verwaltung beständen Abkommen, deren Inkrafttreten und Bestätigung von der Genehmigung des Völkerbundes abhinge. Das einzige Abkommen, das Wilson kenne, bestehe zwischen Frankreich und Großbritannien über die afrikanischen Gebiete. Dieses bezwecke die Revision der bereits bestehenden Rechte.

Kirche, Schule und Mission.

epd. **Ein deutscher Diakonentag** wird vom 20. bis 22. September in Bethel dem Kongreß für J. Mission in Bielefeld voraufgehen. Aus der Tagesordnung sei hervorgehoben: am Sonntag, 21. Sept., vorm., der Festgottesdienst in der Zionskirche (Predigt: Pastor D Oehlkers); nachm. 5 Uhr und abends 8 Uhr zwei Hauptversammlungen mit dem Thema: „Bedrohte Arbeitsgebiete der männlichen Diakonie" (Wanderfürsorge, Pflegedienst, Jugenderziehung, Seemannsmission und Auslandsdienst), ferner Montag, 22. Sept., vorm. 3. Hauptversammlung (1. Lage der männlichen Diakonie, 2. Die Eingliederung der männlichen Diakonie in den kirchlichen Organismus) und nachmittags Vertreterversammlung des Deutschen Diakonen-Verbandes.

epd. **Die deutsche Mission in China.** Nach einer Meldung des „London and China-Telegraph" vom 10. Juni, die natürlich mit Vorbehalt aufzunehmen ist, soll die deutsche Mission in China fortgeführt, aber einem Ausschuß von Chinesen unterstellt werden. In der Meldung heißt es weiter: In dieser Maßnahme sehe man den Anfang zur Bildung einer chinesischen Volkskirche.

Reichsnotopfer und Kirche. Der Deutsche Protestantenverein gibt zur Frage des Reichsnotopfers folgende Erklärung: „Der Vorstand des Deutschen Protestantenvereins hält es für recht und billig, daß das kirchliche Vermögen am Reichsnotopfer des deutschen Volkes teilnimmt. Wenn die römisch-katholische Kirche ein Sonderrecht beansprucht, wie etwa ein Gast im Lande, so ist die deutsche evangelische Kirche durch ihre Eigenart und ihre Geschichte so eng mit dem deutschen Volke und seinem Schicksal durch Heimatgefühl und Dankbarkeit verbunden, daß sie in schwerer Not und Zeit sich ihrem Volke nach ihren Kräften und Mitteln zur Verfügung stellen muß."

Der Allgemeine Fürsorge-Erziehungs-Tag an die Staatsregierungen.

Der Gesamtausschuß des Allg. Fürsorge-Erziehungs-Tages hat in Verbindung mit 14 im Dienst der öffentlichen Jugendfürsorge stehenden großen Verbänden evangelischer und katholischer Konfession eine Eingabe an sämtliche deutschen Staatsregierungen gerichtet, in der sie sich bereit erklären, die Staatsbehörden in der Erziehung der gefährdeten und verwahrlosten Jugend mit allen Mitteln zu unterstützen und die Erwartung aussprechen, bei der Beratung und späteren Durchführung einer neuen Jugendgesetzgebung von der Staatsregierung auf Grund ihrer Erfahrungen zur Mitarbeit aufgefordert zu werden. Diese „Erfahrungen gipfeln in der Überzeugung, daß das Ziel der Erziehung nur die von ihrem Gewissen geleitete sittliche Persönlichkeit sein kann und dieses Ziel nur durch die umgestaltenden und sittlich aufbauenden religiösen Kräfte einer konfessionellen Erziehung zu erreichen ist, da ferner nur solche Erzieher den Dienst an der verwahrlosten Jugend als einen Opferdienst der Liebe zu tun imstande sind, welche die dazu notwendige Geduld aus dem Glauben ihrer Konfession schöpfen. Sie fordern daher, daß die Staatsregierungen wie bisher in den zu erlassenden Jugendgesetzen die Möglichkeit einer konfessionellen Erziehung gewährleisten."

Der 22. Kirchlich-soziale Kongreß findet vom 20. bis 22. Okt. in Königsberg i. Pr. statt. Eröffnungsgottesdienst im Dom: Generalsuperintendent D. Reinhardt-Danzig. Hauptthemen: „Die deutsche Volkskirche"; Domprediger Liz. Doehring-Berlin und Professor Uckeley-Königsberg: „Lebenshaltung und Lebensinhalt"; „Frauenerziehung" Fräulein Professor Dr. Engel-Reimers-Berlin. Öffentliche Volksversammlung: „Die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für Deutschlands Wiederaufbau": Franz Behrens, Mitglied der Nationalversammlung, Arbeitersekretär Dallmer, Mitglied der Preußischen Landesversammlung, Oberlehrer Dr. Menze und eine Heimarbeiterin. Näheres durch die Geschäftsstelle des Kirchlich-sozialen Bundes, Berlin NW. 87, Tile-Wardenbergstr. 28.

Volksmission in Linz.

Vom Pfingstfest an evangelisierte Pfarrer Monsky, der Generalsekretär der Evangelischen Gesellschaft in Österreich, drei Wochen lang in Linz. Neben den kirchlich gesinnten Evangelischen waren es hauptsächlich suchende Seelen unter den Katholiken, welche der Verkündigung des Evangeliums lauschten. Manche von ihnen waren schon durch die Adventisten angeregt worden und hatten bei ihnen die Bibel kennen gelernt. Auch einige Juden sind gekommen.

Schon der erste Vortrag am Pfingstsonntag abend über den Gegenstand: „Gibt es noch etwas Gewisses auf Erden?" hatte einen durchschlagenden Erfolg. Man erkannte das an den Aussprachen und an dem zahlreichen Besuch der Bibelstunde am Pfingstmontag. Ein Katholik äußerte sich dabei dahin, daß er sagte, nach der Bibelstunde wolle er gleich in seine Kirche gehen und Gott danken, daß er ihn diesen Kreis habe finden lassen! Die weiteren Gegenstände lauteten: Warum sind wir so tief gesunken? — Wie kann unser Volk wieder seine sittliche Erneuerung erfahren? — Mut verloren — alles verloren. — Wozu ist das Leid auf der Welt? — Die Gerechtigkeit Gottes. — Die Lebensfrage Deutschösterreichs. — Die wichtigste An-

schlußfrage. — Ist Gott wirklich die Liebe? — Der größte Eroberer der Weltgeschichte. — Das größte Ereignis zwischen Himmel und Erde. — Trotz des herrlichen Wetters waren die Säle im kaufmännischen Vereinshaus Abend für Abend dicht gefüllt. Ein anschließender Bibelkurs versuchte die erweckten Seelen tiefer in Gottes Wort einzuführen. Es wurden viele Bibeln verkauft, teils solche von Luther, teils von katholischen Übersetzern, ebenso neue Testamente und eine Menge anderer Schriften.

Am Fronleichnamstag gab ein Ausflug Gelegenheit zu gegenseitigem Gedankenaustausch. Eine Ansprache von Pfarrer Monsky und gemeinsamer Gesang unterwegs und am Ziel verlieh diesem Ausflug, an dem 130 Personen teilnahmen, den Charakter eines christlichen Gemeinschaftsfestes, wie es in Linz noch nie erlebt wurde. Sonntag, den 29. Juni, wohnten etwa 50 Linzer dem Gottesdienst in Traun (Tochtergemeinde von Thening) bei, woselbst Pfarrer Monsky predigte. Bei der Nachfeier im Schulzimmer sprachen außer ihm auch Vikar Fischer, Vikar Giebner und einige Linzer. Der Nachmittag brachte dann in Linz noch mehrere Sonderbibelstunden, die weiter fortgesetzt werden. Den Abschluß der ganzen Veranstaltung bildete ein Vortrag von Pfarrer Monsky über die brennende Frage der Gegenwart: „Wie erhalten und kräftigen wir unsere Volksgesundheit?“ Der große Festsaal des kaufmännischen Vereinshauses war zu klein, um die Fülle der aufmerksam den zweistündigen Ausführungen des Vortragenden über die Alkoholfrage, Sittlichkeitsfrage, Gesundheitsfrage und Ernährungsfrage folgenden Hörer zu fassen. K. in L.

Lokal- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 26. August 1919.

— **Mangel an Kleingeld.** In der letzten Zeit macht sich ein Mangel an Kleingeld bemerkbar. Da die 5700 Heimsparkassen, die von der Stadt-Sparkasse ausgegeben wurden, einen großen Teil des fehlenden Kleingeldes enthalten, ist es zweckmäßig, wenn die Sparbüchsen möglichst bald zur Entleerung vorgezeigt werden. Die jetzige Ferienzeit bietet den Kindern hierzu die beste Gelegenheit.

— **Sonderzulagen.** Die Marken für Sonderzulagen für werdende Mütter und Kinder bis zum 1. Lebensjahre werden in der Mütterberatungsstelle, Herforder Str., in der Woche vom 25. bis 31. August in der folgenden Reihenfolge ausgegeben: Bezugsberechtigte mit den Anfangsbuchstaben A—J am Dienstag vormittag von 9—12 Uhr; K—R am Freitag nachmittag von ½4—½6 Uhr; S—Z am Sonnabend vormittag von 9—12 Uhr. Die Reihenfolge muß inne gehalten werden. Die Marken für Sonderzulagen für Kinder können auch in den der Ausgabe folgenden 3 Wochen abgeholt werden.

— **Frühkartoffelausgabe** im Landkreise Bielefeld. An sämtliche Kartoffelversorgungsberechtigte werden in der Woche vom 25. bis 30. August 1919 gegen Abgabe der Marke 6 der Frühkartoffelkarte pro Kopf 7 Pfund Frühkartoffeln ausgegeben, soweit die Anlieferungen rechtzeitig erfolgen. Der Tag der Ausgabe wird von den Herren Gemeindevorstehern ortsüblich bekanntgegeben.

— **Städtischer Lebensmittelverkauf** in der Woche vom 25. 8. bis 31. 8. 1919. Auf Marke 30: 50 Gramm Butter für 41 Pfg. Auf Marke 31: 125 Auslandsmargarine für 1,63 M, Verkauf Mittwoch, Donnerstag und Freitag in den städt. Butterläden. Auf Marke 18: 125 Gramm Maisgrieß, 48 Pfg. für 1 Pfd., oder 125 Gramm Kartoffelmehl, 80 Pfg. für 1 Pfd., oder 125 Gramm Buchweizengrütze, 88 Pfg. für 1 Pf. Auf Marke 28: 125 Gramm Kunsthonig, 80 Pfg. für 1 Pfd. Auf Marke 29: 1 Brief Süßstoff für 50 Pfg. Ohne Markenkontrolle: Erbsen, Bohnen, Tekebohnen, 1,30 für 1 Pfund. Auslandshaferflocken, 2,24 M für 1 Pfund. Radieschenöl, 31,10 M für 1 Kilogramm. Auf Kartoffelkarte 6: 5 Pfund Kartoffeln, 15 Pfg. für 1 Pfund. Verkaufstag 26. 8. in den bekannten Läden. Fleisch und Wurst wird noch besonders bekanntgegeben. Auf Einfuhrzusatzkarte 7: 50 Gramm Auslandsfett für 50 Pfg. Verkaufsbeginn Mittwoch 2 Uhr und Donnerstag in den Schlachterläden. Auf Einfuhrzusatzkarte 7: Bis ¼ Liter, je nach Eingang, Magermilch, 38 Pfg. für 1 Liter, in den bekanntgegebenen Zeiten in den städt. Butterläden.

— **Ländliche Revisionen.** Wie wir hören, wird der Staatsanwalt wegen der bei den ländlichen Revisionen vorgekommenen bedauerlichen Gewalttätigkeiten mit der vollen Strenge des Gesetzes einschreiten. Wer sich verging, wird schwer zu büßen haben.

Auch hat der kommand. General Militär bereitgestellt zur Verhütung weiterer Gewalttätigkeiten und zur Sicherung der Durchführung der Revisionen. Das Militär wird, wenn nötig, einschreiten. Der Regierungspräsident erwartet, daß es zu weiteren Gewalttätigkeiten nicht kommt. — Die Mitglieder der Revisionskommissionen sind nochmals angewiesen, mit Takt und Zurückhaltung vorzugehen. Leider haben einige Mitglieder dieser Kommissionen sich eines ungesetzlichen Vorgehens schuldig gemacht.

△ **Neue Postgebühren.** Außer der erheblichen Erhöhung der Postgebühren sollen auch ganz neue Gebühren eingeführt werden. So müssen Abholer künftig auch ohne Schließfach eine Fachgebühr von 6 Mk. jährlich entrichten. Ferner müssen in Zukunft für abgeholte Zeitungen die Hälfte der Gebühren bezahlt werden. Postvollmachten werden nur noch gegen eine Ausfertigungsgebühr von 1 Mark ausgestellt, ebenso Abholungserklärungen. Für telegraphische Postanweisungen wird eine Schreibgebühr von 25 Pfg. eingeführt. Erhöht wird ferner die Vorzeilengebühr für Nachnahmen von 10 auf 25 Pfg. Die Zustellungsgebühr beträgt 40 Pfg., die Einschreibgebühr wird von 20 auf 30 Pfg. erhöht, die Gebühr für die Einlieferung nach Schluß des Schalters auf 40 Pfg. Dringende Pakete kosten 2 Mark mehr, Bahnhofsbriefe die Woche 5 Mark, den halben Monat 15 Mark, Rückscheine und Laufzettel 40 Pfg., Unbestellbarkeitsmeldungen 50 Pfg. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der erhöhten Postgebühren wird eine Vergrößerung der Postkarten von 1 Zentimeter in jeder Richtung vorgenommen werden.

△ **Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände.** Wir Deutsche leiden gewiß alle schwer unter den Abmachungen des Versailler Friedensvertrages; am schlimmsten sind aber doch unsere Brüder und Schwestern betroffen, die von unbarmherzigen Feinden aus irgend welchen Gründen aus ihrer Heimat, den besetzten Grenzgebieten, ausgewiesen sind, meist ohne ihr Hab und Gut mitführen zu dürfen. Zur Unterstützung dieser Unglücklichen, die alles verloren und vorläufig auch keinen Broterwerb haben, gilt es jetzt im ganzen Deutschen Reich Geldmittel zu sammeln. Auch ist für den 13. und 14. September ein Opfertag in Aussicht genommen, der hoffentlich recht guten Erfolg haben wird. Alle Spenden bitten wir an die Preußische Staatsbank Berlin W. 56, Markgrafenstraße 38, Konto B. 100 053 „Flüchtlingsfürsorge“ gelangen zu lassen.

△ **Gefährdung der Fettversorgung.** Der Reichsernährungsminister war infolge der in weitsichtiger Weise abgeschlossenen Einkäufe in die Lage gesetzt, vom 1. August ab die Speisefettration derart zu erhöhen, daß der dringendste Fetthunger der Bevölkerung für die kommende Zeit einigermaßen befriedigt werden konnte. Durch die fortdauernden Streikbewegungen in den Kohlengebieten und die damit verbundene mangelnde Kohlenbelieferung der Margarinewerke ist die Speisefettversorgung der Bevölkerung aufs äußerste gefährdet. Bereits jetzt ist die Hälfte der für die Margarineproduktion tätigen Werke zum Stillstand verurteilt. Rohstoffe sind genügend da, können aber in unverarbeitetem Zustand an die Bevölkerung nicht verteilt werden. Wenn nicht in letzter Stunde die Arbeiter ein Einsehen haben und die dringend erforderlichen Kohlen fördern, ist es eine Unmöglichkeit, die Speisefettversorgung weiter durchzuführen.

Bücherschau.

Hilmar von Hinüber: Unter Niedersachsens höheren Schülern. Selbstverlag, Bückeburg. Preis 2 M.

Vor mir liegt ein feines Büchlein, das von weither seinen Weg zu mir fand. Ich wünsche nur, es möchte auch in Eure Hand gelangen; denn es ist es wahrlich wert! Da führt uns der jugendliche und frische Verfasser mitten hinein in das quellende Leben, das sich allenthalben regt unter den Schülern Niedersachsens und auch ganz Deutschlands. Ob solcher Jugend dürfen wir froh sein und ihr dereinst ruhig die Führung anvertrauen. Nicht aufdringlich laut und marktschreierisch prahlend, sondern still und ernst suchend geht diese Jugend ihren Weg — und Jesus Christus ist ihr Führer und Heiland. Und es ist Jugend, die ihre Lebenskräfte ganz aus Ihm schöpft und für Ihn lebt. Das spürt man so recht aus diesem Büchlein. Darum gebt es euren Söhnen in die Hand und weist auch ihnen den Weg, den diese Jugend geht. Und ihr Eltern, lest es auch, ihr werdet viel Freude und Anregung finden. Und man darf es auch zwei- und dreimal lesen — es dringt einem immer wieder zum Herzen. Was es bietet? Es plaudert vom Leben in den verschiedenen Städten und ihrem Ergehen, von froher und oft so gesegneter Ferienfahrt, von Freundschaft und Menschen, die man lieben muß, und von Erlebtem, das frohe Augen und Herzen schafft. Möchte sein Weg auch in der Fremde in so manchen Familienkreis hineinführen und dort ein dankbares, fröhliches Echo finden!

Muschter, Bethel.

Der Türmer. Monatsschrift für Geist und Gemüt. Herausgeber J. E. Frhr. v. Grotthuß. Verlag von Greiner und Pfeiffer, Stuttgart. Vierteljährlich 6 M und 10 v. H. Teuerungszuschlag. Einzelheft 2.20 M. — Das Augustheft dieser bekannten, bewußtes Deutschtum und ernste Lebensauffassung pflegenden Zeitschrift bringt wieder eine reiche Fülle von gediegenen Beiträgen zu manchen uns gegenwärtig bewegenden Fragen. Hervorgehoben seien folgende Aufsätze: Professor Dr. O. Gramzow „Die Einheitsschule als neuzeitliche Forderung“; Prof. Imendörffer „Deutsch-Österreich“; Konteradmiral Meurer „Die imperialistische Kolonialpolitik Roms und Englands“; Dr. G. Göhler, „Bodenständige Musikpflege“. In „Türmers Tagebuch“ und „Auf der Warte“ findet sich wie immer viel Beherzigenswertes; eine Anzahl guter Gedichte und eine Kunstbeilage vervollständigen den Wert des Heftes.

Letzte Nachrichten.

Drei deutsche Noten.

Major Monier, der Vorsitzende der Militärmission, hat dem französischen Auswärtigen Amt drei Noten des deutschen Bevollmächtigten, Baron Lersner, übergeben. Die erste bezieht sich auf die Unterdrückung der schwarzen Listen, die zweite auf die Haftpflicht der deutschen Küstenfahrer bei den Transporten der Entente, die dritte enthält einen Protest gegen die von der wirtschaftlichen Abteilung der französischen Armee in den besetzten Gebieten angeordneten Maßregeln gegen die deutschen Unternehmungen in den besetzten Gebieten.

Ein deutscher Vertreter für die internationale Kohlenkommission.

Am 25. August findet in Mährisch-Ostrau im Bureau des amerikanischen Delegierten eine vorberatende Sitzung der internationalen Kohlenkommission statt. Am Donnerstag, den 28. August, soll dort die erste offizielle Sitzung stattfinden. Die deutsche Regierung wurde eingeladen, einen ständigen Vertreter hierzu zu entsenden. Die internationale Kohlenkommission soll sich mit der Prüfung der Kohlenfrage in Oberschlesien, Teschen, Dombrowa und der Tschechoslowakei befassen, und Maßnahmen vorschlagen, um die Kohlenförderung wieder sicherzustellen und weiter zu heben.

Ein Viertel der englischen Handelsflotte im Kriege vernichtet.

Die Agentur Lloyd in London zahlte für Versenkungen durch deutsche Tauchboote während des Krieges insgesamt 1½ Milliarden Schilling aus. In einer Versammlung von Liverpooler Reedereien wurde mitgeteilt, daß durch den Krieg der vierte Teil der englischen Handelsflotte vernichtet bezw. für den Transportverkehr entwertet wurde.

Der Kampf gegen die Bolschewisten.

Die am 1. August eingesetzte allgemeine ukrainische Offensive gegen die Sowjettruppen hat bereits durchgreifende Erfolge erzielt. Die ukrainische Armee Petljuras, der sich die aus Ostgalizien zurückgezogene westukrainische Armee 100 000 gut disziplinierter Truppen angeschlossen hat, befreite im raschen Vormarsche das ganze Podolien, große Teile Wolhyniens und des Kiewer Gouvernements und nähert sich auf der ganzen Linie dem Dnjepr-Flusse. Der ukrainische Vormarsch wird durch einen gewaltigen Bauernaufstand unterstützt. Die Hauptstadt der Ukraine, Kiew, sowie Odessa, sind von den Bolschewisten geräumt und von den ukrainischen Truppen besetzt worden.

Verzicht des rumänischen Thronfolgers.

Der rumänische Ministerrat hat nach dem formellen Verzicht des Kronprinzen Karl beschlossen, dessen jüngeren Bruder Nikolaus zum Thronerben zu bestimmen.

:: **Die neue Prämienanleihe.** Es ist geplant, für die Auflegung der neuen Prämienanleihe Anfang September die einleitenden Schritte zu unternehmen. Der genaue Termin steht noch nicht fest, ebensowenig wie die Bedingungen der Anleihe, über welche die Beratungen mit den beteiligten Bankkreisen fortdauern.

Evangel. soziales Frauenseminar der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.

Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der Inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursusdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Vollendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Lyzeums oder Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kursus 15. September 1919. — **Prospekte durch die Leitung.**

Wir empfehlen folgende zu Geschenken besonders geeignete Erscheinungen von 1919:



Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung oder unmittelbar von der Verlagshandlung:

Weltgeschichte von Hans Helmolt. 2. Auflage im Erscheinen. Mit etwa 1000 Textbildern, 500 farbigen und schwarzen Tafeln, 60 Karten. 9 Bände, gebunden . . . . . 225 Mark

Kunstgeschichte aller Zeiten und Völker von Prof. Dr. Karl Woermann. 2. Auflage im Erscheinen. Mit etwa 3000 Textbildern und 300 farbigen und schwarzen Tafeln. 6 Bände, gebunden . . . . . 150 Mark

Geschichte der **Deutschen Literatur** von Prof. Dr. Vogt und Prof. Dr. Koch. 4. Aufl. 180 Textbilder, 32 Tafeln, 38 Beilagen. 5 Bände, geb. 66 M.

Die Pflanzenwelt von Prof. Dr. Otto Warburg. Mit 900 Textbildern und 80 Tafeln. Im Erscheinen. 3 Bände, geb. 75 M.

Geographischer Bilderatlas von Europa. Von Dr. W. Gerbing. 564 Bilder mit erläuterndem Text. Geb. 16 Mark

Duden, Rechtschreibung der deutschen Sprache u. der Fremdwörter. 71 000 Wörter und Verweisungen. 9. Auflage. Neudruck 1919. Gebunden . . 6,50 Mark

Hierzu der Teuerungszuschlag. — Preisänderungen vorbehalten.

Verlag des Bibliographischen Instituts A.-G., Leipzig

Nach Niederlößnitz b. Dresden wird zur Pflege einer Dame älteres, gläubiges, kräftiges **Mädchen od. Frau gesucht,** das auch etwas Hausarbeit übernimmt. Angebote erbittet Frl. Kramer, Niederlößnitz b. Dresden, Winzerstr. 27.

Gesucht zum 15. September in herrschaftl. Haus ein tücht. **Küchenmädchen** das eine Kuh zu melken versteht. Fr. Ernst Brüninghaus, Werdohl, Westf.

Fr. Worpel, Herford



Vorteilhaft. Bezugsquelle sämtl. **Musikinstrumente** saiten etc. für Orchester, Chöre und Schu aus. Illustr. Katalog gratis.

Was ist das Evangelium?

von Pastor S. Jaeger, Dozent an der Theologischen Schule zu Bethel.

Eleg. kartoniert, zurückgesetzt.

Statt 1.20 nur —.50.

„Es ist in unserer kritisch dünkelhaften Zeit ein wirkliches Kabinettstück, dem Ideenfaden eines Mannes zu folgen, der mit der Denkschärfe und Sorgfalt eines wahrheitsuchenden Forschers die Wärme eines lebendigen Christen verbinden.“ (Positives Union.)

Bestellungen richte man freundlichst an das

Antiquariat der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld.

Herrnhut Sa.

Töchterschulheim der evangel. Brüdergemeine, Christl. Erziehung, sorgfältige Verpflegung, schöne, waldreiche Umgebung.

M. Hoffmann, Vorsteherin.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe in reizender Verpackung empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie

Wilh. Kremeyer, Herford, Radewigerstraße 15, n. d. Ev. Vereinshaus.

Uhrmacher und Goldschmied.

Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise.



Schulhaus

Ev. Pädagogium Godesberg a. Rh. und Herchen a. d. Sieg

Gymnasium, Realgymnasium und Realschule mit Einjähr.-Berechtigung. Internat in 22 Familienhäusern.

Direktor: Prof. O. Kabus in Godesberg a. Rh.

Der Unterricht wird in beiden Anstalten, Godesberg im besetzten, Herchen im unbesetzten Gebiet, ohne Störung weitergeführt mit etwa 400 Schülern und 50 Lehrern und Erziehern.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heienbrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover.